

### Neue Impulse für die Politikwissenschaft in Österreich: erfolgreiche Graduiertenkonferenz bietet Anstoß für weitere Initiativen

Heidbreder, Eva G.; Hofer, Stephan D.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heidbreder, E. G., & Hofer, S. D. (2004). Neue Impulse für die Politikwissenschaft in Österreich: erfolgreiche Graduiertenkonferenz bietet Anstoß für weitere Initiativen. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33(2), 227-231. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60643>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

**Eva G. Heidbreder (Wien) /  
Stephan D. Hofer (München)**

## **Neue Impulse für die Politikwissenschaft in Österreich**

### **Erfolgreiche Graduiertenkonferenz bietet Anstoß für weitere Initiativen**

*Was ist die Zukunft der Politikwissenschaft in Österreich? Welche Position haben Graduierte und DoktorandInnen in den bestehenden Strukturen? Wo bestehen inhaltliche und methodische Mankos? Und wie kann nachwuchswissenschaftliches Potential besser eingebunden sowie gefördert werden? Diese Fragen standen im Mittelpunkt von powi04, der ersten österreichischen Graduiertenkonferenz für die Politikwissenschaft, die vom 13. bis 15. Mai 2004 in Wien stattfand. Ziel der Konferenz war es einerseits, die wissenschaftliche Vernetzung und den akademischen Austausch zu fördern und andererseits, allgemeine Probleme für DissertantInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen anzusprechen, um mögliche Verbesserungen anzustoßen. Mit über 100 TeilnehmerInnen waren sowohl die öffentlichen Podiumsveranstaltungen als auch die intensive wissenschaftliche Arbeit zu verschiedenen thematischen Schwerpunkten ein voller Erfolg. Neben einigen Eindrücken zum Ablauf der Konferenz, soll im Folgenden darauf eingegangen werden, welche Punkte sich in den Debatten um eine stärkere Einbindung junger WissenschaftlerInnen im Stadium der Dissertation herauskristallisiert haben – in der Hoffnung, dass die powi04 tatsächlich ein erster Schritt für weitere Initiativen zur Erweiterung der österreichischen Wissenschaftslandschaft war.*

#### **Perspektiven für die Nachwuchsförderung**

Den Anfang der Konferenz, und gleichzeitig Signal an ein breiteres öffentliches Publikum, machte die Podiumsdiskussion „Politikwissenschaft in Österreich: Perspektiven für die Nachwuchsförderung“. Angesprochen wurden in der mit circa 150 ZuhörerInnen voll besetzten Aula des Alten AKH die mangelhafte institutionelle und inhaltliche Einbindung von DoktorandInnen in Österreich, deren prekäre sozio-ökonomischen Verhältnisse und unsichere Zukunftsperspektiven in der österreichischen Forschungslandschaft. Die TeilnehmerInnen am Podium vertraten verschiedene, in der Postgraduiertenausbildung involvierte Institutionen und diskutierten die aufgeworfenen Themen vor ihrem jeweils spezifischen Hintergrund.

In ihrer Funktion als Vorständin des Instituts für Politikwissenschaft, Vorsitzende der Studienkommission für das Doktoratsstudium an der human- und sozialwissenschaftlichen Fakultät und designierte Vizedekanin der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni Wien legte Eva Kreisky zu Beginn einige allgemeine Zahlen vor: Insgesamt sind etwa 15.000 DoktorandInnen in Österreich eingeschrieben. Davon beziehen nur fünf Prozent ein Stipendium, während 47 Prozent einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Am Institut für Politikwissenschaft in Wien sind durchschnittlich etwa 220 DoktorandInnen inskribiert, wobei im letzten Jahr diese Zahl auf 260 gestiegen ist. Während allein die DoktorandInnen für Politikwissenschaft Studiengebühren in der Höhe von 95.000 Euro einzahlen, betrug das Lehrbudget für

Forschungsseminare und DissertantInnenseminare für die gesamte human- und sozialwissenschaftliche Fakultät im Vorjahr lediglich 83.000 Euro. „Mit diesen Strukturproblemen“, so Eva Kreisky, „werden Doktoratsstudierende und BetreuerInnen allein gelassen“. Denn obwohl insbesondere im Doktoratsstudium die Einheit aus Forschung und Lehre umgesetzt werden sollte, ist dieses Ziel unter den bestehenden Bedingungen und dem zusätzlich schlechten Klima kaum möglich.

Während diese Probleme auch von den anderen PodiumsdiskutantInnen – Rainer Bauböck, Vorsitzender der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW) und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Gerda Falkner, Leiterin der Abteilung für Politikwissenschaft am Institut für Höhere Studien (IHS), Gerhard Clemenz, Vorsitzender des Senats der Uni Wien, und Thomas König, Dissertant an der Uni Wien – gesehen wurden, unterschieden sich die daraus gezogenen Schlüsse. Rainer Bauböck verglich in seinem Beitrag die Situation der DoktorandInnen in Österreich mit den Verhältnissen in Schweden oder Großbritannien. Seine Auflistung notwendiger Veränderungen beinhaltete nicht nur die Forderung nach einer massiven Aufstockung der finanziellen Ressourcen für das Doktoratsstudium. Bauböck plädierte darüber hinaus für die Abschaffung der Habilitation. Im Gegenzug trat er für eine Aufwertung des Doktorats ein, das nicht einer überholten aber gesellschaftlich noch immer dominanten „Titelsucht“, sondern allein als Qualifikation für den Wissenschaftsbetrieb dienen sollte. Ergänzend sei eine strenge Selektion beim Zugang zum Doktorat sinnvoll. Daneben, so Bauböck, wäre eine klare Profilbildung beim Angebot von Doktoratsstudien notwendig, da Österreich zu klein für Disziplinstudien in allen Disziplinen sei.

Der Notwendigkeit zur Profilbildung in bestimmten Bereichen beipflichtend betonte Gerda Falkner in ihrem Beitrag die Rolle des IHS für die postgraduale Ausbildung in Österreich. Abgesehen von strukturellen Missständen appellierte sie allerdings auch an die individuelle Verantwortung und notwendige Motivation der DoktorandInnen, welche letztlich ausschlagge-

bend sei und sich zum Beispiel im Engagement um möglichst frühe Publikationen der eigenen Arbeiten widerspiegeln.

Die Debatte um die Internationalisierung der österreichischen Politikwissenschaft aufgreifend, betonte Gerhard Clemenz die Notwendigkeit für die Universitäten, Grundsatzentscheidungen zu treffen, um die wenigen vorhandenen Ressourcen effektiver zu nutzen. In diesem Sinne vertrat der Vorsitzende des Universitäts senates die Einführung strengerer und kompetitiver Selektionsmechanismen, damit durch einen beschränkten Zugang für eine erheblich geringere Anzahl von DoktorandInnen ein tatsächlich allumfassendes Doktoratsstudium gewährleistet werden könne. Zusätzlich hob Clemenz die bereits von anderen PodiumsteilnehmerInnen angesprochene Hinwendung zu PhD-Programmen als zukunftsweisendes Modell hervor, welche eine stärker strukturierte Ausbildung mit intensiverer Betreuung als im derzeitigen Doktoratsstudium vorsehen.

Kritisch gegenüber dieser Position äußerte sich Thomas König. Sein Plädoyer: Die strukturellen Probleme, unter denen DissertantInnen in Österreich leiden, könnten weder durch persönliche Appelle noch durch strengere Selektionsverfahren gelöst werden, da einige der zentralen Missstände nur bedingt finanzieller Natur sind. So werden DoktorandInnen in den meisten Fällen nicht in die Scientific Community integriert und allzu häufig von arrivierten WissenschaftlerInnen nicht als vollwertige KollegInnen akzeptiert. Dabei sei die Stärkung des Selbstvertrauens der DissertantInnen neben einer intensiven Betreuung die zentrale Aufgabe einer Betreuerin oder eines Betreuers. König wies darüber hinaus auf eine Arbeitsgruppe hin, die im Rahmen des Bologna-Prozesses und der europaweiten Vereinheitlichung der universitären Strukturen eine österreichische Position ausarbeiten soll. Kritik übte König an der mangelnden Einbindung von VertreterInnen der DissertantInnen in diese Arbeitsgruppe sowie einer völlig fehlenden Informationspolitik. In den Augen Königs sei dies ein Zeichen dafür, dass – ganz nach dem Muster der Implementierung des Organisationsplans an der Universität Wien – erst dann ein Diskussionsprozess über

anstehende Reformen in Gang gesetzt werden solle, wenn bereits die Eckpunkte der Neustrukturierung fest stünden.

Obwohl die Diskussion an einzelnen Stellen oberflächlich und mit distanziert belehrender Gestik verlief und dabei mehr auf finanzielle als grundlegend strukturelle Probleme eingegangen wurde, kamen doch einige zentrale Probleme zur Sprache: Die soziale Lage der DoktorandInnen in Österreich ist prekär, vor allem weil nur in einem sehr geringen Ausmaß Stipendien vorhanden sind. DoktorandInnen und Lehrende leiden gleichermaßen unter den schlechten Betreuungsverhältnissen. Für DoktorandInnen drückt sich dies häufig in Vereinzelung und einer fehlenden Einbindung in die wissenschaftlichen Diskurse des Fachs aus, während es BetreuerInnen auf Grund der personellen Unterbesetzung, vor allem an den universitären Instituten, auch mit erheblichem persönlichen Einsatz nicht möglich ist, den gewünschten Austausch anzubieten. Auch wenn die Podiumsdiskussion daher weniger Visionen eröffnete als Missstände aufzeigte, war sie ein Anreiz für die Beschäftigung einer breiteren Öffentlichkeit mit dem Thema und wurde von einem Teilnehmer im Auditorium mit dem bezeichnenden Satz resümiert: „Gut, aber deprimierend“.

### **Mehr Methodensensibilität als Bedingung für die Verwissenschaftlichung der Disziplin**

Eine zweite Podiumsdiskussion widmete sich der Frage „Methoden – Blinder Fleck in der Politikwissenschaft?“. Als inhaltliche Schwerpunktsetzung wurde dieses Thema von den VeranstalterInnen deshalb gewählt, weil der bewusste, reflektierte Umgang mit Methoden sowohl in einer Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten als auch in der universitären Ausbildung noch immer einen vernachlässigten Bereich darstellt.

Nach einleitenden Stellungnahmen von Andreas Pribersky, Politikwissenschaftler an der Uni Wien, und dem Geschäftsführer des SORA Instituts, Günter Ogris, wurde die Diskussion entlang der Konfliktlinien qualitativer versus quantitativer Forschungsansätze eröffnet. Leider verblieb die Auseinandersetzung vor allem bei

einer sehr detaillierten und auf Grund des Diskussionsverlaufes durchaus anschaulichen Problemdiagnose. Während Pribersky die Vernachlässigung des methodischen Handwerkszeugs in weiten Teilen auf die Geschichte, und im besonderen die österreichische Geschichte, der Disziplin zurückführte, mokierte der Meinungsforscher Ogris, dass er als Methodiker – wenn denn überhaupt als Wissenschaftler – weder als „ordentlicher“ Soziologe noch als Politikwissenschaftler gelte. Neben der traurigen Bilanz, dass sich die Situation nicht viel anders als vor mehr als einer Dekade darstelle, verstärkten die Beiträge aus dem Auditorium das vom Podium umrissene Szenario. So wurde der im europäischen Vergleich speziell in Österreich schwierige Zugang zu Daten bemängelt, die Vernachlässigung einer systematischen Trennung von Theoriebildung und empirischer Forschung hervorgehoben und die Notwendigkeit für interdisziplinäre Offenheit unterstrichen. Ergebnis der Diskussion, in der sich vor allem die Podiumsteilnehmer in angeregte Debatten zwischen ihren unterschiedlichen methodischen Zugängen verstrickten: Eine stärkere Sensibilisierung und der bewusstere Umgang mit einem weit gefächerten Spektrum von Methoden ist notwendig, um zur weiteren Verwissenschaftlichung des Faches beizutragen – konzeptionell zeichnen sich allerdings weder in der vorherrschenden Forschungspraxis noch in der Ausbildung maßgebliche Veränderungen ab.

### **Dialog und Vernetzung über institutionelle Grenzen hinweg**

Ein weiterer öffentlicher Programmpunkt der Konferenz war die Präsentation verschiedener nationaler und internationaler Organisationen. VertreterInnen von so unterschiedlichen Institutionen wie der OSZE, der ÖGPW, dem Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP), dem Renner Institut, der Grünen Bildungswerkstatt oder auch der Caritas Österreich waren vertreten. Nach einer Vorstellungsrunde bot die *Pow-Lounge* Gelegenheit für weitere informelle Gespräche und Nachfragen, die fließend zum gemeinsamen Büffet überleitete, ein nicht zu vernachlässigender Termin für

die weitere inhaltliche wie persönliche Vernetzung über institutionelle Grenzen hinweg.

### **Inhaltliche Arbeit und Präsentation wissenschaftlicher Forschung**

In den beiden Konferenztagen wurden in fünf thematischen Arbeitsgruppen insgesamt 44 Paper präsentiert, kommentiert und in den Gruppen diskutiert. Die aktiven TeilnehmerInnen kamen zu einem großen Teil aus Wien (60 Prozent), sowie aus Salzburg und Innsbruck (nur je 6 Prozent), aber auch aus München, Potsdam, Mainz, Heidelberg, Sussex, London und Yale. Auffallend war der hohe Anteil von Männern an jenen ForscherInnen, die ein Paper präsentierten (74 zu 26 Prozent), während bei den angemeldeten TeilnehmerInnen das Verhältnis Männer zu Frauen relativ ausgeglichen war.

Thematisch wurde eine Aufteilung in die fünf Arbeitsgruppen Gesellschaft und Staatlichkeit, Österreich und Europa, Politische Theorie, Internationale Beziehungen und Transformationsprozesse vorgenommen. Um möglichst vielen WissenschaftlerInnen ein Forum für die Präsentation ihrer Arbeiten zu bieten, war das inhaltliche Spektrum nicht nur zwischen sondern auch innerhalb der einzelnen Arbeitsgruppen sehr weit gespannt. Auch wenn ExpertInnendiskussionen zu Spezialbereichen somit nur begrenzt stattfanden, erlaubte die Vielfalt andererseits die persönliche Konfrontation und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit bisher unbekannt Themen. In der Arbeitsgruppe Gesellschaft und Staatlichkeit wurden zum Beispiel Themen wie den Wandel von Staat und Staatlichkeit oder die Konstruktion der „nigerianischen Drogenmafia“ in Österreich behandelt. Die Arbeitsgruppe Österreich und Europa umfasste integrationspolitische Themen und Fragen der europäischen Sicherheitspolitik, konzentrierte sich aber auch auf Veränderungen nationaler politischer Systeme durch den Prozess der europäischen Integration. In der Arbeitsgruppe Politische Theorie wurden wissenschaftspolitische und wissenschaftshistorische Themen ebenso wie politische Theorien von Machiavelli bis Kant und feministische Staatstheorien diskutiert. Auch in den In-

ternationalen Beziehungen reichte die Bandbreite vom theoretischen Mainstream bis zu feministischen und methodologischen Fragestellungen. In der Arbeitsgruppe Transformationsprozesse reichte die Themenpalette von sehr praktischen Fragen zur angewandten Gestaltung von Demokratisierungsprozessen bis hin zu theoretischen Abhandlungen über alternative Konzepte für „*statebuilding in post-conflict situations*“.

Die Arbeitsgruppen wurden maßgeblich durch die TeilnehmerInnen gestaltet und unterschieden sich nicht nur in ihrer Schwerpunktsetzung, sondern auch in ihrer Größe und den vorherrschenden methodischen und wissenschaftlichen Zugängen. Maßgeblich war jedoch, dass durchwegs ein offenes und konstruktives Diskussionsklima herrschte, welches den Austausch zwischen den TeilnehmerInnen mit sehr unterschiedlichen Expertisen ermöglichte. Hierzu beigetragen hat sicherlich die Tatsache, dass nicht nur abgeschlossene Arbeiten als Beiträge zugelassen waren, sondern zahlreiche Präsentationen „work in progress“ darstellten und somit Kritik und weiterführende Hinweise von den Vortragenden explizit erwünscht waren. Sowohl das ausführliche Programm als auch die Papers können von der Webpage heruntergeladen werden.

### **Initiative und Organisation**

Die *powi04* entsprang zunächst aus dem Wunsch einer kleinen Gruppe, bestehende Ressourcen zu nutzen und damit etwas Bewegung in den bestehenden Wissenschaftsbetrieb in Österreich zu bringen. Verwirklicht werden konnte diese ursprüngliche Idee nur, weil sich ein sehr engagiertes Organisationsteam fand, das sich aus ScholarInnen des IHS und DissertantInnen der Institute für Politikwissenschaft in Wien, Innsbruck und Salzburg, dem Ludwig-Boltzmann Institut für Menschenrechte in Wien und dem Institut für Staatswissenschaft in Wien zusammensetzte. Die ÖGPW, die als Veranstalterin fungierte und insbesondere die budgetäre Rückendeckung gewährleistete, unterstützte den ehrenamtlichen Einsatz der OrganisatorInnen von Beginn an.

Insgesamt umfasste das Organisationsteam 17 Mitglieder. Diese relativ breite Organisationsform sollte gewährleisten, dass tatsächlich alle österreichischen universitären Institute für Politikwissenschaft von Beginn an eingebunden waren. Hintergrund war nicht nur, dass Informationen an diese Institute weitergegeben wurden, sondern auch, dass eine allzu starke „Wien-Lastigkeit“ der Konferenz vermieden wurde.

### Resümee, Kritik und weitere Schritte

Insgesamt wurde die *powi04* von TeilnehmerInnen wie OrganisatorInnen gleichsam als voller Erfolg bewertet – 93 Prozent bescheinigten auf ihren Feedback-Bögen einen positiven Gesamteindruck. Vor allem der große Zulauf zu den Arbeitsgruppen und öffentlichen Diskussionen übertraf alle anfänglichen Erwartungen bei Weitem. Positiv hervorgehoben wurde von verschiedenen Seiten insbesondere die Möglichkeit der intensiven Auseinandersetzung mit den individuell eingereichten Projekten, die sich in allen Arbeitsgruppen fruchtbar und konstruktiv gestaltete.

Dies wurde auch im gemeinsamen Resümee und Feedback aus den Arbeitsgruppen betont. Als gut beurteilt wurde allgemein der egalitäre Gesprächsrahmen, welcher vor allem an den Universitäten allzu selten anzutreffen sei. Etwas zwiespältig war die Bilanz, dass gerade die Abwesenheit etablierterer PolitikwissenschaftlerInnen für die egalitäre Gesprächskultur verantwortlich gewesen wäre, da es auf der anderen Seite durchaus bedauerlich war, dass trotz mehrfacher Einladung weder ProfessorInnen noch WissenschaftlerInnen aus dem universitären Mittelbau oder anderen Institutionen an der Konferenz teilnahmen. Diese Abwesenheit, so der Tenor in der Diskussion, spiegelt einerseits das mangelnde Interesse der ProfessorInnen an der wissenschaftlichen Arbeit von DoktorandInnen wider, ist andererseits aber auch ein Zeichen für die fehlende Möglichkeit zur Anbindung von DissertantInnen an existierende Strukturen. Das Fazit also: Der Idealzustand, skizziert als eine Situation, in der statt dominanter hierarchischer Strukturen arrivierte und erfahrende WissenschaftlerInnen in einem offe-

nen und kollegialen Dialog mit weniger erfahrenen WissenschaftlerInnen stehen, ist noch weit entfernt. Allerdings wurde die Konferenz allgemein als ein wertvoller Anstoß und Motivationsimpuls in diese Richtung verstanden.

Diese positiven Eindrücke aufgreifend wurde in der Schlussdiskussion gelegentlich vom „*Spirit of powi04*“ gesprochen. Wichtig war es den TeilnehmerInnen an dieser Konferenz, dass dieser Geist beibehalten wird, dass es weitere Aktivitäten für die Vernetzung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gibt und dass das egalitäre Klima dieser Konferenz auf möglichst viele andere Foren übertragen wird. Als ersten Anstoß wurde mit der ÖGPW über die Gründung einer Nachwuchssektion verhandelt, eine Initiative, die vom Vorstand der ÖGPW freudig begrüßt wurde und mit der Zusage über weitere Unterstützung für kleinere Projekte, sowie einer eventuellen Neuauflage einer Nachwuchskonferenz, weiteren Zuspruch fand.

Die *powi04*, die nicht nur während der dreitägigen Veranstaltung, sondern auch in der langen Vorbereitungsphase eine große Zahl junger PolitikwissenschaftlerInnen zusammengebracht hat, hat gezeigt, wie groß der Bedarf für die konstruktive und kritische Auseinandersetzung in der österreichischen Politikwissenschaft ist. Sie hat auch gezeigt, dass trotz vielerlei verbesserungswürdiger Verhältnisse von den DoktorandInnen qualitativ hochwertige Forschungsergebnisse erarbeitet werden, die der Öffentlichkeit präsentiert werden können und sollen. Die *powi04* hat dazu beigetragen, dass die Nachwuchsförderung wieder verstärkt thematisiert wird und hat alternative Modelle für die Organisation von Doktoratsstudien skizziert. Aber vor allem war die *powi04* eine Plattform für den Austausch politikwissenschaftlicher Forschungsergebnisse und deren kritische Reflexion.

Website: [www.ihs.ac.at/powi04](http://www.ihs.ac.at/powi04)

Eva G. HEIDBREder (Wien)

E-mail: [eva.heidbreder@ihs.ac.at](mailto:eva.heidbreder@ihs.ac.at)

Stephan David HOFER (München)

E-mail: [stephan.hofer@pol.wi.tu-muenchen.de](mailto:stephan.hofer@pol.wi.tu-muenchen.de)



## Abstracts

*Ute Behning (Bremen)*

*THE "NEW OPEN METHOD OF CO-ORDINATION". ATTEMPTS TO CLASSIFY NEW MODES OF GOVERNANCE IN THE SOCIAL REALM OF THE EUROPEAN UNION*

This article tries to classify the "new open method of co-ordination" ("new OMC") in terms of the perspective of European integration theories. It illustrates the extent to which Scharpf's (2000 and 2002) "notes towards a theory of multilevel governing in Europe" and his "modes of Europeanization" on which his classification of the OMC is based, stand up to an empirical analysis. The establishment of the "new OMC" in the area of social inclusion will be used as the empirical example, which can explain why Scharpf changed his judgment in relation to the classification of the OMC from 2000 to 2002. Thus, it will be stressed that Scharpf's "modes of Europeanization" cannot cover the new modes of governance in the social realm of the EU. An alternative set of classifications will be offered and research perspectives elaborated.

*Peter Biegelbauer (Vienna)*

*INTEREST REPRESENTATION IN THE FRAMEWORK OF EUROPEAN INTEGRATION: THE POLICY-FINDING PROCESS LEADING TO THE NATIONAL POSITIONS TOWARDS THE EUROPEAN UNION'S 5<sup>TH</sup> FRAMEWORK PROGRAMME IN AUSTRIA, THE NETHERLANDS AND SWEDEN*

This paper focuses on the policy-finding processes prior to the drawing up of selected national position papers in the context of the 5<sup>th</sup> Framework Programme for Research, Technological Development and Demonstration. The paper seeks to explain the differences in the process of establishing national positions in Austria, the Netherlands and Sweden between 1995 and 1998. Three main factors form the framework for such an explanation: the differences in the structures of national innovation systems, the forms of interest aggregation and transmission between state and economy (which are reflected in the national and the EU-related research and technological development policies) as well as the date of EU-accession. Finally, a possible convergence or divergence of the three countries' political processes is investigated before the background of ongoing EU-integration.

*Emmerich Tálos/Christian Stromberger (Vienna)*

*THE END OF BARGAINING DEMOCRACY AND CORPORALIST POLICY MAKING IN AUSTRIA? A CASE STUDY OF LABOUR LAW*

In Austrian politics for a long period a specific type of cooperation, concertation and arrangement has been characteristic for the relations between government and interest associations of employers and employees in policy areas as e.g. social policy (and particularly in labour law). That's why respective literature has classified Austria as a typical model of neocorporatist interest intermediation or policy concertation. Using the approach of actor-centred institutionalism modified by Tálos/Kittel, the article – analysing the example of labour legislation – aims at examining if there took place a substantial change in procedures of policy making since the conservative coalition between ÖVP and FPÖ has been taking office in spring 2000. The authors conclude that Austria's politics – irrespective of formal institutional continuity – de facto have already changed from a corporatist consensus or bargaining democracy to a democracy dominated by conflict and the principle of majority rule.

*Markus Freitag (Berlin)/Adrian Vatter (Konstanz)*

*FEDERALISM AND GOVERNMENT DEBT. A MACRO-QUANTITATIVE ANALYSIS*

This article analyses the relationship between decentralised state structure and the extent of public debt in the Swiss cantons between 1984 and 2000. From a theoretical point of view, federalism can be associated with both, an expansive and a dampening effect on government debt. On the one hand, federal structures have been argued to lead to a reduction of debt due to inherent competition between the member states and the multitude of veto positions which restrict public intervention. On the other hand, federalism has been claimed to contribute to an extension of public debt as it involves expensive functional and organisational duplications as well as cost-intensive compromise solutions between a large number of actors that operate in an uncoordinated and contradictory way. Our statistical estimations show that the former effect is dominant: public debt tends to be lower in Swiss member states with a more decentralised political structure.

*Martin Heintel (Vienna)*

*REGIONAL POLICY. RETROSPECTIVE AND PERSPECTIVE VIEW*

This paper focuses on former and current strategies and regional policies in Austria. The process of European integration including the perspective of enlargement of the European Union has thoroughly changed the framework for regional development and regional policy in Austria. "New Regions", cross-border-cooperation and urban-rural interaction are responsible for structural changes and newly established formal cooperation structures in regional planning. Networking, Regional Management, the EU structural funds and other EU-regulations (regional community initiatives) together create a "new comprehension" of regional policy and regions in general. Nowadays, regional policy constitutes a link between the governmental and the local levels. Regional policy and development in the ongoing 21<sup>st</sup> century means to go beyond traditional borderlines of territories and competences. The core task of future regional policy in Austria will be the integration and coordination of variable programmes and actions together with rural and urban areas, border regions and the new member states of the European Union in order not to sharpen social and economic disparities between different regions.

*Jan A. Fuhse (Stuttgart)*

*LEFT OR RIGHT OR SOMEWHERE ELSE? ON THE CONSTRUCTION OF POLITICAL LANDSCAPES*

Ever since the French Revolution, political actors locate themselves by distinguishing "left" and "right". But increasingly, the emphasis is on middle positions or new directions "beyond left and right". Does this trend mark the two categories obsolete? Or does their persistence blind us from new perspectives on the political landscape? The essay starts by discussing the role of the left-right scheme as a tool for orientation of political actors and voters. Then, the content of the scheme is compared to other means of categorising politics: the Cultural Theory triangle of Hierarchists, Egalitarians, and Individualists, and the two-dimensional mapping of Herbert Kitschelt. In conclusion, a network theory of party systems is presented, with the political landscape as a symbolic matrix of identity construction and mutual distancing of political parties. The left-right scheme reduces this political landscape to one dimension. Thus, the scheme accomplishes an important translation of political positions into the logics of the political system with its interplay between government and opposition. On the other hand, this reduction also makes for the blinding of certain political issues.

## Buchbesprechungen

Herbert Obinger/Uwe Wagschal/Bernhard Kittel (Hg.)  
POLITISCHE ÖKONOMIE  
Opladen 2003, Leske + Budrich / UTB, 427 S., EUR  
24,90.

Der hier vorgestellte Sammelband folgt dem Selbstverständnis, dass „Politische Ökonomie“ allgemein gesprochen die Zusammenhänge von Politik und Ökonomie untersucht. Dabei sind unterschiedliche Zugänge möglich. Politische Ökonomie kann erstens auf „normativen“ oder „positiven“ theoretischen Ansätzen fußen. Erstere suchen nach der bestmöglichen Form menschlichen Zusammenlebens, zweitere versuchen, realweltliche Zusammenhänge zu beschreiben und zu erklären. Zweitens kann die Erklärung politischer Entscheidungen entweder primär auf ökonomische Entscheidungslogiken fokussieren oder aber die jeweilige Machtverteilung sowie historische, kulturelle und soziale Kontextbedingungen mit berücksichtigen. Drittens können Theorie und Empirie entweder mit qualitativen oder mit quantitativen Methoden zueinander in Beziehung gesetzt werden.

Die Beiträge in „Politische Ökonomie“ haben eines weitestgehend gemein: sie folgen einerseits einem international vergleichenden, empirisch-analytischen Forschungsansatz (rein normative Analysen und Theorieentwürfe sind damit explizit ausgeklammert). In den Worten der Herausgeber: „Der Anspruch besteht (...) darin, theoriegeleitet durch den Vergleich verschiedener realweltlicher politischer Ökonomien wirtschaftspolitische Effekte politisch-institutioneller Faktoren aufzudecken“ (S. 5–6). Ein zweites gemeinsames Kriterium der Beiträge des Sammelbandes ist, dass diese Effekte mittels quantitativ-statistischer Analyseverfahren untersucht werden bzw. primär jene Ergebnisse des bisherigen Forschungsstandes reflektiert werden, die sich eben solcher Methoden bedienen. Was die dritte oben genannte Unterscheidungsdimension betrifft – also jene unterschiedlicher Erklärungsansätze für bestimmte politische Entscheidungen und in weiterer Folge bestimmte erwartbare *outcomes* – werden sowohl jene berücksichtigt, welche sich stärker auf das *rational choice*-Paradigma beziehen, als auch jene, die stärker der institutionellen oder kulturellen Tradition zuzurechnen sind.

In einem ersten Teil des Bandes bearbeiten drei Beiträge quasi einleitend die wesentlichen Inhalte solcher Erklärungsansätze. *Thomas Plümper* skizziert die wesentlichen Eckpunkte des Zuganges der sogenannten „positiven Politischen Ökonomie“. Politik fußt aus diesem Blickwinkel zu aller erst auf individuellen Nutzenmaximierungskalkülen von PolitikerInnen: zentrale Ziel-

kategorien sind Wahlerfolge (*votes*) und die Besetzung von Ämtern (*office*). Die einschlägigen Zusammenhänge lassen sich dann Modellhaft darstellen und es können Aussagen darüber getroffen werden, unter welchen Bedingungen welche Regierungen welche politischen Optionen (z. B. im Hinblick auf Besteuerung, Staatsausgaben und Umverteilung) verfolgen. Aus dem Blickwinkel der klassischen politikwissenschaftlichen Staatstätigkeitsforschung sind Regierungen im Gegensatz dazu nicht nur an Stimmen- und Ämtermaximierung interessiert. Sie versuchen zugleich politische Inhalte im Sinne ihrer Klientel zu verwirklichen (*policy*-Orientierung). Dieser Zugang wird von *Reimut Zohlnhöfer* unter dem Titel „Der Einfluss von Parteien und Institutionen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik“ umrissen. Er diskutiert erstens die klassische Parteiendifferenzhypothese sowie einschlägige Adaptierungen sowie zweitens die Rolle unterschiedlicher Handlungsbeschränkungen (institutionelle, ökonomische etc.), mit welchen sich Regierungen konfrontiert sehen (können). Das heißt insgesamt, dass hier im jeweiligen nationalen Fall bzw. im Zeitvergleich neben anderen (z.B. wirtschaftliche Internationalisierung, EU-Integration) potentiell abweichende politische (Parteiendifferenz, Machtressourcen etc.) und institutionelle (Wahlssysteme, Parliamentsysteme, Staatsaufbau etc.) Erklärungsfaktoren in den Mittelpunkt der Analyse rücken. *Bernhard Kittels* Beitrag zur „Politischen Ökonomie der Arbeitsbeziehungen“ rundet diesen Abschnitt ab, indem wesentliche Strukturmerkmale von unterschiedlichen Verbands- und Tarifsystemen vorgestellt und damit einhergehende Implikationen für das jeweilige politische System insgesamt bzw. für die jeweiligen Formen der politischen Entscheidungsfindung diskutiert werden. Zugleich leitet Kittels Abhandlung – indem empirische Befunde zu makroökonomischen Auswirkungen unterschiedlicher Verbands- und Tarifsysteime vorgestellt werden – zu jenen Beiträgen über, die sich mit der international vergleichenden (polit-ökonomischen) Erklärung der wirtschaftspolitischen Performanz in unterschiedlichen Ländern beschäftigen.

Diese bilden sozusagen das Herzstück des vorgestellten Bandes. In insgesamt neun Kapiteln werden hier theoriegeleitete Hypothesen, Methoden und aktuelle empirische international vergleichende Befunde zum Einfluss der Politik auf die Ökonomie vorgestellt und kritisch diskutiert.

Ein erster Block beschäftigt sich dabei mit der Erklärung von im internationalen Vergleich abweichenden makroökonomischen Größen (wobei sich die einzelnen Beiträge weitestgehend auf Länder der OECD konzent-

rieren). *Herbert Obinger* analysiert – unter breiter Mitbeziehung bereits vorliegender empirischer Ergebnisse – politische Determinanten des Wirtschaftswachstums, *Klaus Armingeon* untersucht den Einfluss von Politik und Institutionen auf das Phänomen der Arbeitslosigkeit, *Andreas Busch* beschäftigt sich mit den theoretischen Grundlagen und international vergleichenden Erklärungen zu den Ursachen von Inflation, *Markus Freitag* mit dem Einfluss ökonomischer und politischer Größen auf die Währungsentwicklung. Im letzten Kapitel dieses Abschnittes analysiert *Christian W. Martin* politisch-institutionelle und ökonomische Determinanten der Außenwirtschaftsorientierung (sprich der wirtschaftlichen Öffnung) in Entwicklungsländern während der letzten Dekaden.

Der zweite Block dieses Abschnitts hat Erklärungsansätze und empirische Befunde zu der im internationalen Vergleich unterschiedlichen Positionierung des öffentlichen Sektors zum Inhalt. Uwe Wagschal macht sich dabei auf die Suche nach politisch-institutionellen und sozio-ökonomischen Erklärungen für unterschiedliche Ausformungen der Steuerpolitik sowie unterschiedliche Grade der öffentlichen Verschuldung, *Thomas R. Cusack* und *Susanne Fuchs* untersuchen, ob und inwiefern sich politische Institutionen und Parteienkonstellationen (neben anderen erklärenden Faktoren) auf die Staatsausgaben auswirken. Schließlich präsentieren *Herbert Obinger* und *Bernhard Kittel* unter dem Titel „Parteien, Institutionen und Wohlfahrtsstaat“ eine breite Palette an international vergleichenden Befunden zum Einfluss politisch-institutioneller Faktoren auf die Sozialausgaben und reichern diese um eigene Forschungsergebnisse an.

All diese Beiträge zeichnen sich dadurch aus, dass (a) in jedem Kapitel jeweils die einschlägigen zentralen unterschiedlichen theoretischen Erklärungsansätze in knapper aber dennoch verständlicher Form diskutiert werden, (b) der jeweilige empirische Forschungsstand mit Hinweisen auf die wichtigste einschlägige aktuelle Fachliteratur zusammengefasst wird sowie (c) neue eigene Erkenntnisse präsentiert werden.

Der Band schließt mit einer kritischen Diskussion zu den „Perspektiven und Potenzialen der vergleichenden Politischen Ökonomie“ von *Bernhard Kittel*. Dabei werden auf der einen Seite die Fortschritte betont, welche die mit makro-quantitativen Methoden arbeitende international vergleichende Politische Ökonomie in den letzten Dekaden gemacht hat. Auf der anderen Seite wird vor dem Hintergrund der Komplexität politischer Zusammenhänge vor Übergeneralisierungen so gewonnener „Ergebnisse“ als auch vor vorschnellen Falsifikationen sich statistisch (vermeintlich) nicht bestätigender Hypothesen gewarnt. In diesem Zusammenhang erscheint nach *Kittel* auch eine wieder vermehrte Konzentration auf eine stringente theoretische Argumentation, die beim bloßen statistischen „Abtesten“ unterschiedlicher (potentiell) erklärender Variablen leider allzu oft unterbleibt, unumgänglich.

Als Resümee bleibt, dass der Sammelband „Politische Ökonomie“ all jenen zu empfehlen ist, die sich aus

international vergleichender Perspektive mit dem Zusammenhang von „Politik und Ökonomie“ beschäftigen oder vor haben, dies zu tun. Der Band schließt vor dem Hintergrund der bearbeiteten inhaltlichen Breite wie auch betreffend des Umfangs der zusammenfassend vorgestellten Ergebnisse der einschlägigen internationalen Forschung tatsächlich – wie von den Herausgebern in der Einleitung angeführt – eine Lücke in der deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Literatur.

*Marcel Fink (Wien)*

*E-mail: marcel.fink@univie.ac.at*

*Ulrich Dolata*

UNTERNEHMEN TECHNIK. Akteure, Interaktionsmuster und strukturelle Kontexte der Technikentwicklung: Ein Theorierahmen.

Berlin 2003, edition sigma, 334 S., EUR 24,90.

Die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Technik hat ihren Schwerpunkt seit Jahren in empirischen Fallstudien für sozialen Konstruktion von Technologien oder Produkten und den damit verbundenen mikro-politischen Aushandlungsprozessen der beteiligten Akteure. Es gehört daher durchaus eine Portion Mut dazu, einen „großen Wurf“ zu wagen und sich an einen Theorierahmen für Technikentwicklung insgesamt zu machen. *Ulrich Dolata* ist dies in seinem soeben erschienenen Buch auf eine sehr unaufdringliche Weise gelungen, indem nicht die *eine* neue Theorie der Technik in den Vordergrund gestellt wird, sondern indem der Autor versucht, unterschiedliche Beiträge der Technik- und Innovationsforschung an einen breiteren gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Kontext rückzubinden und die von ihm vorgeschlagenen Analyseebenen anhand eines konkreten Technologiefeldes – den neuen Biotechnologien – zu konkretisieren. Es sind vor allem drei Ebenen, welche diesen Analyserahmen abgeben und die jeweils an spezifischen Defiziten oder Übertreibungen der derzeitigen Technikdiskussion aufgehängt sind.

Zum einen geht es um den Akteursbegriff, der ja schon seit einiger Zeit im Zentrum vieler Debatten um Technikentwicklung steht – sei es weil mikro-soziologisch orientierte Ansätze, wie die Akteursnetzwerktheorie, die Träger von Handlung über hybride Assoziationen von Menschen und Artefakten verteilt sehen, sei es die Dominanz korporativer Akteure, etwa Firmen oder Organisationen, in Innovationsforschungsansätzen wie der evolutionären Ökonomie. Dem Autor geht es jedoch weniger um eine Positionierung in philosophisch-epistemologischen Auseinandersetzungen, sondern um die Anwendung eines breiten Akteursbegriffs, der weder Organisationen, Einzelpersonen noch nicht-organisierte kollektive Akteure aus der Analyse ausblendet. Gera-

de in frühen Phasen der Technikentwicklung dominieren ja oft Individuen, die erst im Zuge der Etablierung der Technik von organisierten Interessen und korporativen Akteuren abgelöst werden.

Die zweite Ebene für das Verständnis von Technikentwicklung ist die Frage der Akteurfiguren, der Art wie sich Akteure in der Technikentwicklung aufeinander beziehen. Hier wendet sich *Dolata* vor allem gegen die undifferenzierte Anwendung des Netzwerkbegriffs, die besonders „weiche“ Faktoren, wie Vertrauen, persönliche Beziehungen oder Lernen in den Vordergrund stellt. Und auch hier geht es vor allem darum, die Bedeutung und Struktur netzwerkartiger Beziehungsmuster differenzierter zu sehen und diese in ein angemessenes Verhältnis mit den gleichzeitig bestehenden und oft dominanteren konkurrenzartigen Beziehungen zu setzen. Denn, so die Argumentation des Buches, Kooperation und Aushandlung sind zumeist in soziale (ökonomische, politische, gesellschaftliche) Macht- und Konkurrenzfiguren eingelagert.

Auf der dritten Ebene geht es schließlich um die größeren Strukturgefüge, in die soziales Handeln, Interaktion und Institutionalisierungsprozesse im Zuge der Entwicklung von Technologien eingelagert sind. Technikentwicklung wird dabei als kontingentes Projekt begriffen, das eine gewisse Offenheit im Rahmen formierender Strukturen besitzt. *Dolata* hebt vor allem drei strukturelle Kontexte hervor: der jeweilige Techniktyp mit seinen Eigenheiten (was am Fallbeispiel der Biotechnologie auf hochinteressante Weise nachgewiesen wird), die sozioökonomischen Kontexte (Unternehmenskulturen, spezifische Marktstrukturen, regionale Anreizsysteme etc.) sowie systemische Kontexte, also die Struktureigentümlichkeiten funktional differenzierter kapitalistischer Gesellschaften.

Die Konkretisierung (und Weiterentwicklung) dieses Analyserahmens am Beispiel der neuen Biotechnologien zeigt eindrücklich, dass die Ausführungen dieses Buches nicht nur ein interessanter Beitrag zur Weiterentwicklung aktueller politischer und ökonomischer Fragen (wie dem Stellenwert von Netzwerken oder nicht-organisierten Akteuren) sind, sondern auch wesentlich zum Verständnis der Entwicklungsdynamik und den (räumlichen und zeitlichen) Ausdifferenzierungen spezifischer Technologiefelder beitragen kann.

Breiter Raum wird in der Fallstudie dem Politikfeld Biotechnologie gewidmet, das durch eine Reihe von Besonderheiten wie das spannungsreiche Zusammenspiel zwischen politischer Förderung, rechtlicher Rahmung und öffentlichem Diskurs bestimmt wird und bei dem sich mit der Auffächerung des involvierten Akteurspektrums (über das klassische technologiepolitische Dreieck Staat-Wirtschaft-Wissenschaft hinausreichend) auch die Formen und Foren politischer Interessenvermittlung ausdifferenzieren. Nicht nur diese Perspektive, sondern besonders auch die enge Verbindung politikwissenschaftlicher mit sozialwissenschaftlichen und ökonomischen Analysen und Fragestellungen zur Entstehung und Ausformung von Techno-

logien gibt Anlass, dem Buch auch möglichst viele politikwissenschaftliche Leserinnen und Leser zu wünschen.

Harald Rohrer (Graz)  
E-mail: Rohrer@ifz.tugraz.at

#### *Lubomír Lipták*

CHANGES OF CHANGES. Society and Politics in Slovakia in the 20th Century.

Bratislava 2002, Institut für die Geschichte der Slowakischen Akademie der Wissenschaften und Academic Electronic Press, Bestellmöglichkeit: www.elis.sk, 167 S., EUR 12.

Das Buch „Changes of Changes. Society and Politics in Slovakia in the 20th Century“ des slowakischen Historikers *Lubomír Lipták*, der am 20. Oktober 2003 im Alter von 73 Jahren verstorben ist, wurde von *Elena Mannová* herausgegeben. In dem Band finden sich englische Übersetzungen von Studien und der Essays, die original auf Deutsch und Slowakisch verfasst und vorher in verschiedenen Jahrbüchern, Zeitschriften und Büchern publiziert wurden. Des weiteren finden sich Texte, die spezifisch für dieses Buch geschrieben wurden. Außer den Beiträgen des Autors findet der/die LeserIn auch ein Vorwort des Historikers *R. Holec*, in dem dieser die wichtigsten Werke von *Lipták* umreißt und ihn in den Zeitraum der slowakischen Historiographie einreicht. „Changes of Changes“ teilt sich in zwei Teile: „Gesellschaft“ und „Politik“.

Der Teil „Gesellschaft“ besteht aus fünf Studien, die ich in der Folge kurz beschreibe: „The Urban Middle Class in Slovakia after 1918. Continuity and Discontinuity“ – der Autor vergleicht die nationale und konfessionelle Zusammensetzung und die Inhalte der offiziellen historischen Erinnerung im städtischen Raum in der Slowakei vor und nach dem Zerbrechen der Monarchie und versucht die wichtigsten Faktoren der Gesellschaftsentwicklung zu identifizieren. Der wichtigste Faktor war selbstverständlich das Zerbrechen der Monarchie. Denn während vor dem Jahr 1918 ein starker Druck auf die nicht ungarischen Nationalitäten ausgeübt wird, die ungarische Nationalität anzunehmen, verkehrte sich dieser nach dem Jahr 1918 ins Gegenteil – die Bevölkerungszahl der ungarischen Nationalität sank um ein Drittel. Dies führte zusammen mit der Ankunft der Bevölkerung mit tschechischer Nationalität zu einer neuen Aufteilung der Machtpositionen in den Städten und zu einer Veränderung der offiziellen historischen Erinnerung. In der Studie „The Modernization of Slovakia: Nation, State, Society“ versucht *Lipták* das Modernisierungskonzept in der Slowakei zu skizzieren. Der Autor ist der Meinung, dass die Hauptfaktoren der Modernisierung ein neuzeitliches Verständnis der Rati-

onalität, eine Veränderung der Geschwindigkeit der ökonomischen Entwicklung, höhere Massenmobilität und ein Aufstieg der Individualität sind. Die Konsequenz dieser Entwicklung liegt in der Auflösung der traditionellen Gesellschaftsstrukturen. Weiter denkt der Autor über die Differenzen zwischen dem Stalinistischen und dem neo-Stalinistischen sowie dem westeuropäischen Konzept der Modernisierung nach. Diese Vorgangsweise öffnet verschiedene Varianten der Analyse der spezifischen Gesellschaftsentwicklung nicht nur in der Slowakei, sondern auch in ganz Mittel- und Osteuropa. Die Themen der Studie „Free Masons in Slovakia, 1869–1918“ sind die Tätigkeit, die Struktur, so wie auch die ethischen und politischen Orientierungen der slowakischen Freimauer. Der Autor schließt, dass wir nichts über eine „einheitliche Politik“ der Freimauer sagen können, weil diese stark von der jeweiligen gesellschaftlichen, nationalen und konfessionalen Zugehörigkeit abhängig war. In der exzellenten Abhandlung „Monuments of Political Changes and Political Changes of Monuments“ beschäftigt sich *Lipták* mit der physischen Zerstörung und Versetzung der Denkmäler, Statuen, Büsten und Bilder in verschiedenen slowakischen Städten, sowie auch mit den Überschreibungen der Bedeutungen der historischen Erinnerungen der städtischen Bevölkerung vom Jahr 1910 bis zum Jahr 1992. Im letzten Teil dieses thematischen Blocks denkt der Autor unter dem Titel „Bratislava as the Capital of Slovakia“ über die Rolle, die Bedeutung und die Wandlung des Bildes von Bratislava, als Hauptstadt der Slowakei im Gedächtnis der SlowakInnen, sowie der BratislaverInnen im Besonderen, im Horizont der Jahre 1919–2000 nach.

Der zweite Teil – „Politik“ – enthält Untersuchungen der Entstehungsbedingungen des politischen Systems und der politischen Kultur der Slowakei. In der ersten Studie dieses Blocks „External and Internal Factors in the Formation of Political Systems in Slovakia“ geht der Autor davon aus, dass der Antritt der totalitären Regime in der Slowakei nicht nur aus geopolitischen Faktoren erklärt werden kann. Ebenso wie diese wirken auch die internen Bedingungen, wie die Sozial- und Denkstruktur der Bevölkerung: dadurch waren die Rekrutierung und Repräsentation der expliziten Kollaboranten und die latente Kollaboration mit dem slowakischen faschistischen Regime beeinflusst. In der Studie „Slovak Political Parties, Societies and Political Culture up to 1914“ beschäftigt sich *Lipták* mit der Entstehung der slowakischen politischen Parteien sowie mit ihren ideologischen Färbungen und analysiert ihre (Un)tätigkeit, die durch das ungarische Wahlsystem und die Sozialstruktur der Slowakei beeinflusst war. Er kommt zu dem Schluss, dass die slowakischen politischen Parteien erst im Rahmen der I. Tschechoslowakischen Republik einer klar positionierten politischen Tätigkeit nachgekommen sind und ihre ideologische Profilierung erfahren haben. Die Untersuchung „Geopolitical Ideas about Slovakia during the Second World War, their Influence on the Regime and Resistance“ behandelt die Problematik der komplizier-

ten Beziehungen des Slowakischen Staates als Satellit Nazideutschlands und der antinazistischen Emigranten in Moskau und London. *Lipták* analysiert, wie die Verhandlungen zwischen den moskauer und londoner Exilanten und dann die Entscheidung zum Wiederaufbau des Tschechoslowakischen Republik die Politiker und die Außenpolitik des Slowakischen Staats beeinflussten. Die letzte Studie des Buches „Political Elites in Slovakia in 1945“ bindet an die vorhergehende Untersuchung an. Hier analysiert der Autor, in welcher Weise es im Jahre 1945 zur Transformation der politischen, kulturellen und ökonomischen Eliten des Slowakischen Staats und zu ihrer Inkorporation in die Strukturen der wiederhergestellten Tschechoslowakischen Republik kommt und welche Rolle die antinazistischen Eliten in diesem Prozess spielen.

Insgesamt bietet das Buch „Changes of Changes“ einerseits einen informativen Einblick in die politische Geschichte der Slowakei. Andererseits präsentiert es in verdichteter Form Ausschnitte aus den wesentlichen Forschungsergebnissen *Lubomír Liptáks*.

Peter Švík (Bratislava)  
E-mail: svik@orangemail.sk

*Rupert Pichler* (Hg.)

INNOVATIONSMUSTER IN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFTSGESCHICHTE  
Wirtschaftliche Entwicklung, Unternehmen, Politik und Innovationsverhalten  
Innsbruck 2003, StudienVerlag, 317 S., EUR 33,00.

Ist Österreich rückständig? Viele BürgerInnen dieses Landes und nicht wenige SozialwissenschaftlerInnen würden diese Frage entweder mit einem schlichten „ja“ beantworten oder der Bejahung eine mehr oder weniger lange Begründung mit Verweisen auf andere Länder, etwa die BRD oder die USA, hinzufügen.

*Rupert Pichler* will sich mit dieser Antwort nicht zufrieden geben. Ihn interessiert aber nicht nur die Beantwortung der Frage, sondern (vor allem) eine historische Sicht auf den gesellschaftlichen Diskurs um die Frage nach der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Rückständigkeit Österreichs. Wie wurde eine vergleichbare Frage vor 150 Jahren gestellt und beantwortet? Was ist der wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Hintergrund des persistenten österreichischen Selbstzweifels?

Hinter dem nun vorliegenden Band mit dem sperrigen Titel „Innovationsmuster in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte“ verbergen sich die Ergebnisse einer von *Rupert Pichler* angeregten und angeleiteten multidisziplinären Tagung zu dem hier dargestellten Themenkomplex, die im August 2002 unter den Ägiden des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte so-

wie des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie abgehalten wurde. Dabei beschäftigten sich WirtschaftswissenschaftlerInnen, HistorikerInnen und SoziologInnen mit der Frage des wirtschaftsgeschichtlichen Rückständigkeitsparadigmas. Dabei stehen Konferenz und Buch unter dem ebenso interessanten wie in politiknahen Bereichen unüblichen Motto, daß „ein verbessertes Bewußtsein historischer Ursachen gegenwärtiger Bedingungen...daher auch zu besseren Planungsgrundlagen für die Zukunft beitragen“ (S.7) sollte.

Der Band ist aber nicht nur im Hinblick auf Zielsetzung und multidisziplinären Zugang ungewöhnlich, sondern auch weil die einzelnen Beiträge verschiedene Zeitabschnitte analysieren und zudem noch verschiedene methodische Zugänge bemühen. Die behandelten Zeitabschnitte sind etwa die Gründerzeit der Donaumonarchie, die wirtschaftspolitisch gesehen goldenen Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg oder die letzten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Die methodischen Zugänge rangieren von Modellierung und deskriptiver Statistik bis zu sozialer Netzwerkanalyse, soziologischen Systemtheorie und historisch-analytischem Vorgehen.

Das Buch ist in vier Teile gegliedert, die sich nach dem Vorwort, das trotz seiner Kürze eigentlich eine Einleitung ist, da sie den Ton des Bandes vorgibt und die Ratio hinter dem Buch darlegt, jeweils mit ökonomischen Strukturbedingungen (I), ökonomischer Theorie, Innovation und historischer Dimension (II), Innovationsverhalten, Unternehmen und Gesellschaft (III) und politisch-institutionellen Rahmenbedingungen (IV) auseinandersetzen.

Im ersten Teil klären *Schulze* und *Peneder* die ökonomischen Hintergründe des wirtschaftlichen Rückständigkeitsparadigmas mit einem Blick einerseits auf die Zeit der letzten Jahrzehnte der Donaumonarchie, die nach Schulze ein relativ langsames industrielles Wachstum für Cisleithanien brachte, sowie die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, für das Peneder einen Aufholprozeß Österreichs feststellt und analysiert.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit neuartigen Ansätzen der Ökonomie und Sozialwissenschaft. So werden evolutionäre ökonomische Ansätze, Netzwerkanalyse und ein kritisch-feministischer Blickwinkel an die Wirtschaftsentwicklung angelegt. *Hofer* vergleicht in auch für NichtökonomInnen verständlicher Art und Weise verschiedenen Ansätze der evolutionären Ökonomie, *Gassler* und *Polt* wenden diese auf die Regionalökonomie an, *Hanappi* untersucht wie österreichisch einer der Ahnväter der evolutionären und institutionellen Ökonomie, *Joseph Schumpeter*, in seinem Theorieverständnis war und *Bandhauer-Schöffmann* analysiert den archetypischen Schumpeterianischen Unternehmer im Hinblick auf seinen Männlichkeitsbegriff. *Neurath* fällt etwas aus der Beschäftigung der anderen AutorInnen mit neuen ökonomischen Ansätzen heraus, in dem er Ansätze, Methoden und Anwendungsmöglichkeiten der sozialen Netzwerkanalyse darstellt und auf wenigen Seiten einen Überblick über diesen rasch wachsenden

Sektor wissenschaftlicher Beschäftigung mit sozialen Austauschprozessen gibt.

Im dritten Teil nimmt die Buntheit der verwendeten Ansätze weiter zu und so finden sich hier unter anderem Untersuchungen auf die, wie sich herausstellt negativen, Auswirkungen von Arisierungen auf das Innovationsverhalten von österreichischen Firmen (*Meixner*), die Wirkung von Industriekartellen (*Resch*) und neuen Anlagevarianten (*Pammer*) vor dem Ersten Weltkrieg, ein interessanter Blick auf erfolgreiche österreichische Innovationen der Nachkriegszeit sowie die Faktoren, welche diese ermöglicht haben (*Leitner*) und mehrere Beiträge zu den Schicksalen österreichischer Erfinder (*Weitensfelder*, *Eigner*). Letzteres ist schon wegen des in Österreich beliebten Topos des verkannten und durch die Unfähigkeit der Behörden oder die Hinterlist und Tücke meist ungenannt bleibender Ausländer um die Frucht ihrer genialen Bemühungen gebracht wurden, spannend. *Weitensfelder* findet etwa hier große Unterschiede zwischen Erfinderschicksalen, deren Fama und den historisch belegbaren Tatsachen. Schade ist lediglich, daß hier die Aufarbeitung der erwähnten Schicksale nicht durch eine sozialwissenschaftliche Analyse, etwa mit den Mitteln der Diskurstheorie, ergänzt wird.

Nicht minder spannend zu lesen ist der letzte Teil des Buches, in dem wiederum verschiedene Blickwinkel auf die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen der Innovationspolitik angelegt werden. So werden hier der Erfindungsschutz beleuchtet (*Mikoletzky*), die Gründung von FFF und FWF mittels der verwendeten Sprachbilder in Parlamentsdebatten analysiert (*Stampfer*) oder die administrativen Kulturen der Niederlande und Österreichs anhand der Einführung von Foresight Maßnahmen im Bereich Technologiepolitik verglichen (*Grießler*). *Dinhobl* riskiert einen genaueren Blick auf die Entstehung der Semmeringbahn und auf die Rolle des visionären Technikers Ritter von Ghega, der zum Zeitpunkt des Semmeringbahnbaus im Zentrum einer Kontroverse um den Bahnbau stand und später von seinen ehemaligen Kontrahenten als Identifikationsrolle für Ingenieure instrumentalisiert wurde. Der Herausgeber *Pichler* liefert schließlich einen Beitrag, im Rahmen dessen er die Zolltarife der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (als Mittel der damals in dieser Form noch nicht erfundenen Wirtschafts- und Technologiepolitik) auf ihre Entstehung und Auswirkungen hin untersucht.

Das Buch ist eine gelungene Gratwanderung zwischen der Vorstellung komplexer sozialwissenschaftlicher Theorie, faszinierendem Geschichtenerzählen im Zusammenhang mit Diskursen zum Rückständigkeitsparadigma und informierter Analyse zu Themen von Wirtschaft, Technik, Innovation und Innovationspolitik. Teile des Bandes sind streckenweise etwas technisch zu lesen – für die NichtökonomInnen unter der LeserInnenenschaft wird das vor allem auf den einleitenden Teil zutreffen. Auch hätte eine gemeinsame Bibliographie dem wissenschaftlichen Publikum das Arbeiten mit dem Band erleichtert. Doch vor dem Hintergrund der inhaltlichen und methodischen Reichhaltig-

keit des Dargebotenen, der Neuartigkeit der bearbeiteten Themen und der intellektuellen Anregung auf Grund der Buntheit der gewählten Blickwinkel sind das alles vernachlässigbare Probleme, die den Wert des Buches nicht mindern können. So bleibt zu hoffen, daß der eingangs geäußerte Wunsch des Herausgebers nach dem

Lernen der politischen Akteure aus der Vergangenheit eintreffen und dieses Buch zu einem derartigen Lernen beitragen möge.

*Peter Biegelbauer (Wien)*  
*E-mail: beagle@ihs.ac.at*